



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Sozialausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 29.03.2022,

Videokonferenz

Beginn: 17:00

Ende: 19:10



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Christian Dawo

Christian Kolain

Lea Saßnowski

Vertretung Frau Trippner

Helen Prats Baumann

Vertretung Herr Dr. Kratz

CDU

Susanne Burgdörfer

Lena Dürphold

Melanie Simon

SPD

Jennifer Braun

Hermann Demmerle

Vertretung Herr Tas

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Heike Frey

Christian Gies

FDP

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Tobias Schreiner

Vertretung Herr Heller

Pfeffer und Salz

Ursula Schönhöfer

Vertretung Frau Leim



beratendes Mitglied

Verena Kuntz-Hüttmann

Dieter Steigner

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Schriftführer/in

Jan Marco Scherer

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Dirk Kratz

Hannah Trippner

Die LINKE

Lutz Heller

Pfeffer und Salz

Sabine Leim

beratendes Mitglied

Ali Alhammoud

Hannah Reis



Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes
3. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Förderung von sicheren Schwangerschaftsabbrüchen im Versorgungsgebiet Landau
Vorlage: 101/626/2021
- 3.1. Versorgungslage für ungewollt Schwangere zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen; Bericht der Beratungsstellen der Diakonie Landau Bad Bergzabern und von Pro Familia zur Situation vor Ort
4. Ausbau der Teilhabemöglichkeiten in Landau
Vorlage: 500/066/2022
5. Information über den aktuellen Sachstand zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine
6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Fragen von Einwohnern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Frau Kerstin Braun als neues Mitglied im Sozialausschuss verpflichtet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Förderung von sicheren Schwangerschaftsabbrüchen im Versorgungsgebiet Landau

Der Vorsitzende erläuterte den Antrag der Fraktion die Linke, der vom Stadtrat in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Er wies darauf hin, dass es auf kommunaler Ebene aktuell keine Möglichkeiten gäbe die Situation zu verändern. Zudem handele es sich um eine generelle Problematik, dass die Zahl der Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, kontinuierlich sinken würde. Trotzdem möchte man die Gelegenheit nutzen, auf die Problematik hinweisen und über die bestehenden Möglichkeiten informieren.

Dazu habe man Vertreterinnen der beiden Beratungsstellen eingeladen, die in Landau Schwangerenkonfliktberatungen durchführen und entsprechende Beratungsscheine ausstellen dürfen. Er begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Gambino und Frau Michel vom Haus der Diakonie, sowie Frau Helbach von Profamilia.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Versorgungslage für ungewollt Schwangere zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen; Bericht der Beratungsstellen der Diakonie Landau Bad Bergzabern und von Pro Familia zur Situation vor Ort

Frau Helbach informierte über die Aufgaben und Tätigkeitsbereiche von Profamilia in der Schwangerenkonfliktberatung. Sie wies insbesondere darauf hin, dass die Beratung grundsätzlich ergebnisoffen erfolgen würde. Ein Abbruch könne nur innerhalb der 12-Wochen-Frist erfolgen. Zwischen dem Beratungsgespräch und dem Abbruch müssten mindestens 3 Werktage liegen. Im Jahresschnitt würden 250 bis 270 Beratungsgespräche geführt werden.

In der Region gäbe es bereits seit vielen Jahren niemanden mehr der Abbrüche vornehmen würde. Die nächsten Anlaufstellen wären in Ludwigshafen bzw. Karlsruhe. In Karlsruhe würden jedoch nur noch medikamentöse Abbrüche durchgeführt werden.

Frau Gambino schloss sich den Ausführungen von Frau Helbach an. Sie ergänzte, dass auch während der Pandemie Beratungen nur in Präsenz durchgeführt wurden. Die Gespräche wären natürlich streng vertraulich und trotz ihres Trägers konfessionsunabhängig. Die Beratungen würden durch speziell ausgebildete Fachkräfte durchgeführt werden. Im Schnitt würden 50 Beratungsgespräche jährlich geführt werden. Es sei von besonderer Bedeutung, dass die Betroffenen eine bewusste Entscheidung treffen könnten und dafür die notwendigen Informationen erhalten würden.

Der Vorsitzende dankte für die Erfahrungsberichte der Beratungsstellen. Er erkundigte sich, ob es für die Betroffenen lange Wartezeiten gäbe.

Frau Helbach erklärte, dass es aufgrund der Fristen sehr wichtig sei zeitnah Termine vergeben zu können. In der Regel könnten Termine für Beratungsgespräche am nächsten Werktag vergeben werden.

Frau Gambino bestätigte, dass es Termine spätestens nach 3 Tagen geben würde.

Frau Gies erkundigte sich, ob die Frauen auch zu den psychischen Folgen und den Eingriff an sich informiert werden.

Frau Michel erklärte, dass die Beratung auch diese Punkte umfasse. Es gäbe Frauen denen es nach dem Eingriff nicht sehr gut gehen würde.

Frau Helbach ergänzte, dass den Frauen die sich für einen Abbruch entscheiden auch Nachgespräche angeboten werden würden. Die Bewältigung eines Abbruchs sei ähnlich wie Trauerarbeit zu sehen.

Frau Saßnowski erkundigte sich, ob es Probleme durch nicht zugelassene Beratungsstellen gäbe.

Frau Gambino führte dazu aus, dass es immer mal wieder Probleme mit solchen Beratungsstellen gäbe. Für die Betroffenen sei die Situation zusätzlich belastend. Sie erhoffe sich aus der Abschaffung des § 219 a StGB, dass es Zugang zu besseren öffentlichen Informationen geben wird.



Frau Dr. Wissing bedankte sich für die Ausführungen und bekräftigte, dass aus ihrer Sicht nicht die Beratung, sondern die Möglichkeiten für Abbrüche das Problem wären.

Frau Gambino stimmte Frau Dr. Wissing zu und führte weiter aus, dass bereits viele Gespräche mit dem zuständigen Ministerium und weiteren Beteiligten geführt wurden, wie die Situation verbessert werden könnte.

Herr Schreiner machte deutlich, dass eine Verbesserung der Situation in der Region wichtig wäre.

Frau Burgdörfer zeigte sich dankbar für das gute Beratungsangebot für Frauen in einer solch schwierigen Situation. Sie wies darauf hin, dass sicher auch eine Begleitung zu den Abbrüchen erforderlich wäre und erkundigte sich, ob dies durch die Beratungsstellen geleistet werden könne.

Frau Helbach erklärte, dass keine Begleitung zu den Eingriffen stattfinden würde. In der Regel würden die Betroffenen aber tatsächlich durch Angehörige oder Freunde begleitet werden.

Herr Kolain erkundigte sich, ob das fehlende Angebot vor Ort darauf zurückzuführen wäre, dass es im Klinikum Landau-Südliche Weinstraße keine Gynäkologie gäbe und es sich bei der anderen Klinik um ein Haus in konfessioneller Trägerschaft handele.

Der Vorsitzende erklärte, dass es natürlich im Verantwortungsbereich des jeweiligen Trägers liegen würden, welches Leistungsspektrum angeboten werde.

Frau Helbach ergänzte dazu, dass Abbrüche nicht zwangsläufig in einem Krankenhaus durchgeführt werden müssten. Dies wäre auch in einer Tagesklinik bzw. ambulant möglich.

Frau Schwarzmüller erkundigte sich ob auch Väter mit zu den Beratungsgesprächen kommen würden.

Frau Michel berichtete, dass die überwiegende Anzahl an Frauen alleine zu den Gesprächen kommen würden. Ca. ein Viertel der Betroffenen würden aber auch ihre Partner mitbringen.

Frau Helbach erklärte, dass der überwiegende Teil der Frauen ihren Partner zu den Gesprächen mitbringen würde. Die meisten Partner wären sehr interessiert und auch engagiert.

Frau Gambino bat im Anschluss an die Diskussion darum, dass sich auch die Stadt an das Ministerium wenden solle um auf eine Verbesserung hinzuwirken.

Der Vorsitzende sagte dies zu und bedankte sich bei den Berichterstatte(r)innen. Er führte aus, dass es wohlthuend sei zu wissen, dass es eine umfassende und empathische Beratung für die Betroffenen gäbe. Er hoffe, dass sich die Situation zukünftig wieder verbessern würde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Ausbau der Teilhabemöglichkeiten in Landau

Der Vorsitzende führte in die Thematik ein und erläuterte die Entstehungsgeschichte der nun vorliegenden Informationsvorlage. Er wies darauf hin, dass entsprechend der Beschlussfassung im Stadtrat, eine umfassende Sitzungsvorlage erstellt worden sei, mit dem Ziel den LandauPass einzuführen. Die Sitzungsvorlage hätte aufzeigen sollen unter welchen Bedingungen dies möglich wäre, mit dem Ziel dies in die Haushaltsberatungen einzuspeisen. Immerhin sei klar, dass die Entscheidung über ein solches Vorhaben nicht im Sozialausschuss, sondern im Stadtrat entschieden werde.

Er wies darauf hin, dass der Stadtvorstand ein anderes Vorgehen beschlossen habe, mit dem Schwerpunkt auf den Leistungen des Familienpasses.

Frau Schönhöfer erklärte, dass die Vorlage zu spät verschickt worden wäre um sich eingehend damit auseinanderzusetzen. Sie würde die Vorlage dahingehend verstehen, dass es aktuell nur um eine Ausweitung der Leistungen des Familienpasses gehen würde.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies richtig sei.

Frau Saßnowski erklärte, dass dies Vorlage nicht den Vorstellungen der Fraktion der Grünen entspräche. Es seien im Vorfeld Fragen gestellt worden, die bisher noch nicht beantwortet wurden.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Fragen an das zuständige Dezernat weitergeleitet wurden. Sofern noch keine Antworten geliefert wurde, werde dies veranlasst.

Frau Hüttmann erklärte, dass erschreckend sei, dass nur ein kleiner Teil der Anspruchsberechtigten über die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaktes informiert wären. Hier wäre eine Informationskampagne dringend erforderlich.

Frau Burgdörfer machte deutlich, dass sie die aktuelle Diskussion äußerst schwierig finden würde. Ihrer Auffassung nach sei der Prüfauftrag anders formuliert gewesen. Das vorliegende Dokument könne nicht beraten werden.

Frau Schönhöfer fragte, wieso der Sozialausschuss und nicht der Jugendhilfeausschuss für dieses Thema zuständig wäre.

Der Vorsitzende führte dazu aus, dass der Antrag zum einen in den Sozialausschuss verwiesen worden wäre und es zum anderen ja auch um die Ausweitung der Leistungen auf an einen größeren Personenkreis gehen würde.

Frau Saßnowski erkundigte sich ob im weiteren Verfahren Vorschläge eingebracht werden könnten.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies möglich sei.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Information über den aktuellen Sachstand zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine

Der Vorsitzende führte in das Thema ein und dankte insbesondere den Mitarbeitern der Verwaltung die an der Bewältigung der aktuellen Aufgaben beteiligt sind. Er begrüßte Herrn Kießling von der Ausländerbehörde und Herrn Scherer vom Sozialamt zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Kießling informierte über die aktuellen Zahlen an Geflüchteten aus der Ukraine. Er wies außerdem auf die ausländerrechtlichen Gegebenheiten hin, die sich von der sonst üblichen Rechtslage unterscheiden würde.

Bisher wären die Betroffenen selbständig nach Landau gekommen, insbesondere weil sie hier Bekannte oder Verwandte hätten. Mit den ersten Zuweisungen durch das Land werde im Laufe der Woche gerechnet.

Herr Scherer ergänzte die Ausführungen hinsichtlich der Unterbringung der Betroffenen. Er wies darauf hin, dass die dezentrale Unterbringung in Wohnungen prioritär sei. Weitere Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Schaffung von Wohnraum in Modulbauweise, oder in größeren Unterkünften, werden geprüft. Man bereite sich aber auch auf den Fall vor, dass mehr Zuweisungen erfolgen als Wohnraum zur Verfügung steht. Dann müsste man in eine Nutunterkunft, wahrscheinlich eine Turnhalle, ausweichen.

Er wies außerdem auf das übergroße ehrenamtliche Engagement und die Spendenbereitschaft der Bürger hin.

Der Vorsitzende ergänzte, dass aufgrund der vielen geflüchteten Kinder das Thema Schulen ein wichtiger Punkt sei. Vor der Registrierung bei der Ausländerbehörde könnten die Kinder die Schule besuchen. Nach der Registrierung bestehe dann allerdings Schulpflicht. Entsprechende Absprachen zur Verteilung der Schüler auf die Schulen hätten bereits stattgefunden. Es wurde eine entsprechende Koordinierungsgruppe ins Leben gerufen.

Frau Burgdörfer wies darauf hin, dass die Unterbringung von Menschen in einer Turnhalle keine gute Lösung sei. Dies könne nur die Ultima Ratio sein, wenn ansonsten alle Möglichkeiten ausgeschöpft wären.

Der Vorsitzende nutzte die Gelegenheit um den ehrenamtlich Engagierten für ihre große Unterstützung zu danken. Es sei nach den letzten Monaten eine wohltuende Erfahrung, so viel Solidarität und Zusammenhalt zu erleben.

Der Ausschuss nahm die Information zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

Herr Demmerle wies darauf hin, dass die Qualität der Videoübertragung sehr Bescheiden sei. Er bat darum daran zu arbeiten.



Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Schriftführer